KRISENGEWINNER
UND DIE FINANZIERUNG DER KRISENBEWÄLTIGUNG

AUSGEWÄHLTE BRANCHEN- UND UNTERNEHMENSBEISPIELE



Christoph Trautvetter und David Kern-Fehrenbach (Netzwerk Steuergerechtigkeit) im Auftrag von Martin Schirdewan (MdEP, Die Linke)

INHALTSVERZEICHNIS

	VORWORT	3
	EXECUTIVE SUMMARY	4-5
1	KONZERNGEWINNE UND STEUERN IN DER KRISE	6-7
2	AUSGEWÄHLTE BRANCHEN UND UNTERNEHMEN IM PORTRÄT	8
2.1	DIE ÖL- UND GASKONZERNE: KRISENBESCHLEUNIGER UND KRIEGSGEWINNER	9-11
2.2	DIE PHARMABRANCHE: PATENTE UND STEUERVERMEIDUNG MADE IN GERMANY?	12-14
2.3	DIE DIGITALKONZERNE: BOOSTER FÜR DIE MONOPOLGEWINNE	15-16
2.4	DIE FINANZBRANCHE: VOM KRISENVERURSACHER ZUM KRISENGEWINNER	17-18
2.5	DIE AUTOMOBILBRANCHE: DIVIDENDENREGEN TROTZ KURZARBEIT UND LIEFERKETTENPROBLEMEN	19-20
2.6	DIE IMMOBILIENBRANCHE: HOHE RENDITEN MIT MINIMALEM RISIKO	21
3	UMSTEUERN: FÜR EINE KRISENFESTE GESELLSCHAFT	22-23

VORWORT

Nach zwei Jahren Pandemie rutschen wir nun immer tiefer in eine zehrende Lebenskostenkrise. Die russische Invasion der Ukraine und die Corona -bedingten Lieferengpässe treiben die Preise für Energie und Lebensmittel unerbittlich in die Höhe. Kaum erholen sich die einen von der Kurzarbeit oder der Schließung ihres kleinen Ladens, müssen sie nun die Heizrechnung fürchten oder vielleicht auf das Pausenbrot verzichten. Die Aktionäre der größten DAX-Konzerne Deutschlands hingegen haben allen Grund die Korken knallen zu lassen. Es wird erwartet, dass sie dieses Jahr mit milliarden-schweren Dividenden in Rekordhöhe überschüttet werden.

Ob Klimawandel, Pandemie oder Lebenskosten, Krisen treffen uns nicht alle gleich. Während die einen verlieren, sind andere Gewinner. In der Pandemie profitierten vom Lockdown und Gesund-heitsnotstand insbesondere Digital- und Pharma-konzerne und von dem derzeitigen Krieg in der Ukraine die Energieriesen. Angesichts der massiven Aufrüstungspläne der Bundesregierung macht sich sicherlich auch schon in der Rüstungsindustrie die Vorfreude breit.

Die Profiteure dieser verheerenden Krisen sollten mit ihren Gewinnen auch angemessen an ihrer Bewältigung beteiligt werden. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch des Anstandes und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dies verlangt nach einer mutigen Politik, welche bereit ist den Verteilungskonflikt mit den Krisengewinnern, sei es Pfizer, Amazon oder Gazprom, aufzunehmen. Die Steuerpolitik ist dafür ein wichtiges Instrument.

Die vorliegende Studie liefert antworten auf die Fragen: wer eigentlich die Krisengewinner sind und welche Möglichkeiten uns das Instrument der Steu-erpolitik bietet. Die Autoren schätzen beispielsweise, dass die Energiekonzerne dieses Jahr sagenhafte „Kriegsgewinne“ von über einer Billion EUR einkassieren könnten - eine Summe die größer ist als das gesamte BIP der Niederlande. Mit einer klug ausgestalteten Übergewinnsteuer könnten diese Mega-Profite abgeschöpft und zur Abfederung der Lebenskostenkrise genutzt werden.

Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie ist die herrschende Politik bisher davor zurückgeschreckt, die Krisengewinner in der Digital- und Pharma-industrie zur Kasse zu beten. Dabei sind gerade die Großkonzerne in diesen Branchen berühmt und berüchtigt dafür ihre Gewinne in Steuersümpfen zu parken. Laut den Autoren, hätte Amazon zum Beispiel für das Jahr 2020 in Deutschland wohl mehr als das zehnfache an Steuern zahlen sollen, wenn luxemburgische Finanzjongleure die Gewinne nicht über das kleine Großherzogtum umleiten würden. Wir brauchen daher endlich eine Mindest-steuer für multinationale Großkonzerne, welche ihren Namen auch verdient hat: ohne Schlupflöcher Und mit einem Mindestsatz von 25%. Dies ist der erste Schritt um Steuersümpfe trocken zu legen.

Liebe Leser:innen,

wir dürfen vor der Macht der Konzerne nicht kleinbeigeben. Eine gerechte und solidarische Krisenpolitik ist möglich!

Dafür kämpfe ich.
Dafür kämpft die Linke in Deutschland und in der EU!
Kämpfen Sie mit uns!





Martin Schirdewan
MdEP, Die Linke
Ko-Fraktionsvorsitzender von
The Left im Europäischen Parlament

EXECUTIVE SUMMARY

Die Corona-Krise hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren des Gemeinwesens in Deutschland auf eine schwere Probe gestellt. Mit der russischen Invasion der Ukraine folgte die nächste große Krise, bevor die vorherige bewältigt ist. Aber nicht alle sind von den Krisen gleich stark betroffen. Große Konzerne verbuchen 2021, und zum Teil auch schon 2020, Rekordgewinne.

Die Zahl der Milliardär:innen und deren Vermögen ist trotz Krise stark gewachsen. Anhand von sechs Branchen- und Unternehmensanalysen zeigt die vorliegende Kurzstudie die Krisengewinner und mit welchen steuerlichen Maßnahmen sie angemessen an der Krisenbewältigung beteiligt werden können.

MINERALÖLKONZERNE ALS KRIEGSGEWINNER

Parallel zu den steigenden Öl- und Gaspreisen steigen die Gewinne der Mineralölkonzerne. Blieben die Preise auf derzeitigem Niveau, könnten sich deren Kriegsgewinne Ende 2022 möglicherweise **auf mehr als eine Billion Euro** summieren. Aber nur ein kleiner Teil dieser Gewinne wird in Deutschland oder der EU verbucht. Um diese Gewinne zu besteuern müsste entweder eine **umsatzbezogene Gewinnsteuer** nach dem Vorbild der inmehreren Ländern eingeführten Digitalsteuern genutzt oder Quellensteuern bzw. Importzölle erhoben werden.

PHARMA- UND DIGITALKONZERNE ALS GEWINNER DER CORONA-KRISE

Für eine Besteuerung der Corona-Krisengewinne in 2020 und 2021 ist es mittlerweile zu spät. Aber auch 2022 werden die Pharma-Konzerne mit Patenten auf den Corona-Impfstoff weiter a**us staatlichen Gesundheitsbudgets weltweit Milliardengewinne** erzielen und Digitalkonzerne werden ihre durch die Krise noch einmal **gestärkte Marktposition nutzen** um einen immer größeren Teil der Wertschöpfung für sich zu beanspruchen. Gleichzeitig zahlen gerade die profitabelsten Unternehmen durch aggressive Gewinnverschiebung weiterhin zu niedrige Steuern. Die 2021 vereinbarte „Steuerrevolution" mit ihrem Mindeststeuersatz und einer begrenzten Neuverteilung von Besteuerungsrechten verspricht Verbesserungen, falls sie wie geplant 2023 oder 2024 umgesetzt wird. Angesichts der Dimension der Gewinne reichen diese aber nicht.

BioNTech erzielte 2021 einen Gewinn von **15 Milliarden Euro** – bei Kosten von lediglich 3 Milliarden Euro. Weil BioNTech anders als Pfizer auf aggressive Gewinnverschiebung verzichtet und fast viermal so viel Steuern zahlt, konnten sich die BioNTech-Standorte über Steuereinnahmen von 4,75 Milliarden Euro Steuern freuen. Mainz senkte als Dankeschön den Steuersatz um 4,5 Prozentpunkte und begibt sich damit in einen schädlichen Unterbietungswettbewerb. Hätte Pfizer wie BioNTech 31,6 Prozent statt 7,6 Prozent Steuern gezahlt, wären 5,1 Milliarden Euro zusätzliche Steuern fällig geworden.

Wenn **Amazon** nicht länger Gewinne nach Luxemburg verschieben könnte und in Deutschland einen dem deutschen Umsatz entsprechenden Gewinnanteil versteuern müsste, würden fast 500 Millionen Euro zusätzlich fällig – etwa **das Zehnfache der jetzigen Steuerzahlungen**.

BANKEN, AUTOMOBILKONZERNE UND IMMOBILIENUNTERNEHMEN ALS PROFITEURE DER KRISENBEWÄLTIGUNG

Banken, Automobilkonzerne und Immobilienunternehmen gehören nicht zu den direkten Krisengewinnern, sondern waren teilweise selbst betroffen. Sie profitierten indirekt aber von staatlichen Rettungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld und den Hilfen für Konsument:innen und Vermieter:innen. Und davon profitieren vor allem die Aktionär:innen. Von einer durchschnittlichen Miete einer deutschen Vonovia-Wohnung von 5.500 Euro werden auch für 2021, trotz Sozialpakt, wieder etwa 2.800 Euro an die Anteilseigner:innen fließen. Und Frau Klatten und Herr Quandt – Erben einer BMW-Beteiligung von fast 50 Prozent und damit das reichste Geschwisterpaar Deutschlands – können sich auf eine Dividende von fast 1,8 Milliarden Euro freuen, während BMW für 2022 wieder Kurzarbeitergeld beantragt.

Damit nicht die falschen die Zeche für die Krisenbewältigung zahlen, fordert die Analyse

a) eine mittelfristige, internationale Lösung für die Besteuerung von Krisen- und Übergewinnen genauso wie eine kurzfristige Lösung für die Kriegsgewinne der Mineralölkonzerne

b) eine schnelle und lückenlose Umsetzung der „Revolution“ bei der Unternehmensbesteuerung genauso wie umfassende Nachbesserungen und

c) einen intelligenten Mix aus steuerlichen Maßnahmen, der dafür sorgt, dass große Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträge wieder stärker besteuert werden und Unternehmenseigentümer:innen höhere Steuern zahlen als ihre Angestellten.

Viele dieser Maßnahmen haben sich in den Wirtschaftswunderjahren des letzten Jahrhunderts bewährt und sollten wieder zu einer krisenfesteren Gesellschaft beitragen.

1 KONZERNGEWINNE UND STEUERN IN DER KRISE

So wie schon 2021 startet auch 2022 als Krisenjahr – dieses Mal vor allem wegen der russischen Invasion in der Ukraine. Von der Finanz- über die Corona- und Ukraine- bis hin zur Klimakrise gilt: jede dieser Krisen bedeutet immense Herausforderungen und Kosten für die Krisenbewältigung. In der Corona-Pandemie sorgten mehrere staatliche Rettungspakete einigermaßen für Stabilität. Ein Teil der nicht abgerufenen Mittel wurde kurzerhand zur Bekämpfung der Klimakrise umgewidmet. Ein weiteres Sondervermögen von 100 Milliarden Euro soll für die militärische Sicherheit in Deutschland sorgen. Teilweise dank dieser staatlichen Maßnahmen oder einfach weil Krisen nicht alle gleich betreffen, gibt es aber auch Krisengewinner. Und es stellt sich die Frage, wie man diese angemessen an der Krisenbewältigung beteiligen kann.
Eine naheliegende Antwort: Steuern.

Anhand von ausgewählten Unternehmensbeispielen aus sechs verschiedenen Branchen illustriert diese Kurzstudie, wer die Krisengewinner sind und welche steuerlichen Maßnahmen denkbar und nötig wären.

Damit knüpft die vorliegende Analyse an eine 2021 veröffentlichte Studie im Auftrag der GUE/NL an. Diese Studie zeigte, dass eine Steuer von 70 Prozent auf Gewinnsteigerungen, die in der EU tätige Unternehmen im Jahr 2020 trotz oder sogar wegen der Corona-Pandemie erzielten, Einnahmen von fast 40 Milliarden Euro erbracht hätte und damit etwa 40 Prozent der jährlichen Kosten für die Aufbau- und Resilienzfazilität der EU finanzieren könnte. 2021 sind die Gewinne noch einmal deutlich gestiegen. Die 40 größten im Deutschen Aktienindex (DAX) gelisteten Unternehmen werden für 2021 über 50 Milliarden Euro an Dividenden auszahlen. Ein Anstieg von knapp 50 Prozent zum Vorjahr. Allein auf die TOP-5 Dividendenzahler (Mercedes-Benz, Allianz, BMW, Volkswagen und Siemens) entfallen dabei über 20 Milliarden Euro.

- Weil nach der erneuten Invasion in der Ukraine die Preise für Gas und Öl sprunghaft gestiegen sind, entstehen allein bei den großen **Mineralölkonzernen** hunderte Milliarden Euro „Kriegsgewinne". Eine Sondersteuer auf solche Gewinne wurde in Deutschland bereits während der ersten Ölpreiskrise 1973 diskutiert und auch aktuell denkt Bundeswirtschaftsminister Habeck öffentlich über eine solche Steuer nach."[1]

- Der offensichtlichste Gewinner aus der Corona-Pandemie ist das **Pharma-Unternehmen** BioNTech aus Mainz. Dessen Impfstoff, der in der Entwicklung durch staatliche Fördergelder unterstützt wurde, hat einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet und gleichzeitig sowohl den Unternehmensgründern als auch dessen Heimatstadt zu unvorstellbarem Reichtum verholfen. Während BioNTechs Partner Pfizer seit Jahren einen großen Teil der Gewinne in Steueroasen verschiebt, stellen Mainz und Marburg die Frage, wie weit man BioNTech durch Senkung des Gewerbesteuersatzesentgegen kommen kann.

- Bereits vor der Krise standen die **Digitalkonzerne** in der Kritik, weil sie zu mächtig geworden waren, da sie einen immer größeren Teil der Wertschöpfung für sich beanspruchen, die Existenz von Buchhändlern und lebendigen Einkaufsstraßen in den Innenstädten bedrohen und einen großen Teil ihrer Gewinne in Steueroasen verschieben. Corona war für sie lediglich ein weiterer Booster. Nicht zuletzt wegen ihnen wurde 2021 von den Finanzminister:innen der G-20 eine internationale „Steuerrevolution" ausgerufen. Wie auf Amazon zugeschnitten, machte in Deutschland auch der Vorschlag einer Paketsteuer die Runde.

[1] Eine entsprechende Ankündigung findet sich z.B. im Spiegel vom 8. März 2022. Mehr Details zur Übergewinnsteuer finden sich in *diesem Blog* des Netzwerks Steuergerechtigkeit.

- **Banken, Automobilkonzerne und Immobilienunternehmen** gehören zwar nicht direkt zu den Krisengewinnern, im Gegenteil. Die Banken haben jedoch die bis heute nicht bewältigte Finanzkrise mit ihren zweifelhaften Geschäften selbst verursacht. Automobilkonzerne und Immobilienunternehmen waren vom Lock-Down in der Corona-Pandemie selbst betroffen. Aber alle drei profitierten über durchschnittlich stark von der staatlichen Krisenbewältigung. Sie konnten deswegen 2021 Rekordgewinne einfahren und Rekorddividenden an ihre Eigentümer:innen ausschütten. Mit dem Versprechen, dass deren Reichtum irgendwann auch zum Rest der Gesellschaft durchsickert, wurden für die milliardenschweren Unternehmenseigentümer:innen in den letzten zwanzig Jahren Steuerprivilegien geschaffen, die dafür sorgen, dass der Vermieter einen niedrigeren Steuersatz zahlt als die Mieterin. Die Unternehmenseigentümerin einen niedrigeren als ihr Angestellter. Kostenpunkt: schätzungsweise 80 Milliarden Euro an entgangenen Staatseinnahmen pro Jahr.

Natürlich sind Steuern nicht die einzige Antwort. Digitalkonzerne müssen durch Regulierung in ihre Schranken gewiesen werden und Zukunftsinvestitionen finanzieren sich durch zukünftige Erlöse hoffentlich auch selbst. Aber ohne angemessene Besteuerung besteht die akute Gefahr, dass steigende Preise dafür sorgen, dass die falschen die Zeche zahlen. Nämlich Sparer ohne krisenfeste und inflationsunabhängige Anlage, kleine Unternehmen in umkämpften Märkten und ohne die Möglichkeit steigende Kosten weiterzugeben, Mieter:innen in überlaufenen Städten und schlecht isolierten Gebäuden und Angestellte in Jobs in denen Löhne nur langsam steigen, weil Gewerkschaften fehlen oder kommunale Arbeit- und Auftragsgeber klamm bei Kasse sind.

Und spätestens wenn die Sondervermögen aufgebraucht sind und die Sonderkredite zurückgezahlt werden müssen, stellt sich die Frage, wo das Geld für die bestehenden staatlichen Leistungen und die bisher nicht finanzierten Versprechen aus dem Koalitionsvertrag herkommen sollen. Spätestens dann wird es nötig sein, dass eine Krisen- und Übergewinnsteuer, eine faire Besteuerung von Unternehmensgewinnen und eine angemessene Besteuerung großer Erbschaften, Vermögen und Kapitalerträge auf den Verhandlungstisch kommen.

2 AUSGEWÄHLTE BRANCHEN UND UNTERNEHMEN IM PORTRÄT

Die Vorgängerstudie im Auftrag der GUE/NL analysiert die Gewinne großer multinationaler Unternehmen im ersten Corona-Krisenjahr 2020. Anhand von aggregiert ausgewerteten Daten kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Gewinne von 1.763 in der EU präsenten Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 100 Millionen Euro trotz oder wegen der Krise schneller gewachsen sind als im Trend der Vorjahre. Die so berechneten „Krisengewinne" betrugen demnach 364 Milliarden Euro (41,7 Prozent der Gewinne der betroffenen Unternehmen). Eine Steuer von 70 Prozent auf diese Krisengewinne hätte weltweit Steuereinnahmen von 244 Milliarden Euro erbracht. Bei einer Aufteilung entsprechend der Mitarbeiter:innen wären davon 35 Milliarden Euro auf die EU und 8,16 Milliarden Euro auf Deutschland entfallen. Von den 21 Wirtschaftszweigen nach europäischer Klassifizierung waren drei – Verarbeitendes Gewerbe, Information und Kommunikation sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen – für mehr als zwei Drittel der Krisengewinne verantwortlich. Nur 63 der Unternehmen hatten ihren Hauptsitz in Deutschland. Diese Unternehmen erzielten einen Krisengewinn von 15,8 Milliarden Euro.

Tabelle 1:
Übergewinne 2020 in ausgewählten Branchen, in EU präsente Unternehmen mit mehr als 100 Millionen Euro Umsatz

Sektor	Zahl der Unternehmen mit Krisengewinnen	Gesamtgewinn 2020 (in Mrd. Euro)	Übergewinne (in Mrd. Euro)	Anteil Übergewinne am Gesamtgewinn
Verarbeitendes Gewerbe	836	326,1	148,5	41%
Information und Kommunikation	172	366,1	76,9	21%
Finanz- und Versicherungsdienstleistung	262	364,9	58,4	16%
Andere	493	1.386,3	80,7	5,8%
Gesamt	**1.763**	**2.479,3**	**364,5**	**14,7%**

Quelle: Dubinina, Garcia-Bernardo und Janský (2021)

In grober Anlehnung an die in der beschriebenen Studie verwendeten Wirtschaftszweige haben wir sechs Branchen für eine beispielhafte Analyse ausgewählt. In den folgenden Kapiteln beschreiben wir für ausgewählte große und bekannte Unternehmen aus Deutschland und der Welt aus diesen Branchen, wie sich deren Gewinne entwickelt haben und welchen Krisenbezug es gibt. Abschließend analysieren wir für jede Branche mögliche und nötige steuerliche Maßnahmen für eine angemessene Krisenbeteiligung.

2.1 DIE ÖL- UND GASKONZERNE: KRISENBESCHLEUNIGER UND KRIEGSGEWINNER

Die Krise:
Deutschland ist immer noch abhängig von russischem Gas. Die Welt ist immer noch abhängig von Öl, aus Russland und anderen autokratischen Staaten. Seit der Invasion in der Ukraine erscheinen US-amerikanisches Fracking-Gas, venezolanische Öllieferungen und sogar die eigentlich bisher ausgeschlossene Erschließung neuer Vorkommen in Deutschland als verheißungsvolle Lösungen. Und das wenige Monate nachdem die Internationale Energieagentur gezeigt hat, dass für die Reduzierung der CO2-Emissionen auf Netto-Null bis 2050 weltweit nach 2021 keine neuen Gas- und Ölfelder mehr erschlossen werden dürfen. Aus Russland kamen 2021 etwa 11 bis 14 Prozent des weltweit produzierten Öls und 19 Prozent des weltweit extrahierten Gases. Im gleichen Jahr importierte Deutschland etwa 35 Prozent seines Öls und 55 Prozent des Erdgases aus Russland.[2] Mit 19,4 Milliarden Euro machten Erdöl und Erdgas im Jahr 2021 etwa 59 Prozent der deutschen Importe aus Russland aus.[3] Schon in den Monaten vor der Invasion senkte Russland die Gaslieferungen nach Europa. Nach der erneuten Invasion in die Ukraine haben mehrere Großhändler und Raffineriebetreiber in Deutschland angekündigt, ihre Vertragsbeziehung nach Russland schrittweise zurückzufahren. Bestehende Verträge werden allerdings weiter erfüllt.

Die Unternehmen:
Wer aktuell wie viel mit Öl- und Gaslieferungen verdient, lässt sich erst abschließend sagen, wenn die beteiligten Konzerne ihre Geschäftsberichte für 2022 vorlegen.

Tabelle 2: Marktanteil und Gewinne ausgewählter Mineralölkonzerne 2021

Sektor	Zahl der Unternehmen mit Krisengewinnen	Gesamtgewinn 2020 (in Mrd. Euro)	Übergewinne (in Mrd. Euro)	Anteil Übergewinne am Gesamtgewinn
Saudi Aramco	Saudi-Arabien*	2,6%	9,6%	97,2 Mrd. €
Gazprom	Russland + Börse	12,7%	2,1%	29,7 Mrd. €**
Rosneft	Russland + Börse	1,6%	4,1%	10,4 Mrd. €**
PetroChina	China	3,0%	2,6%	12,8 Mrd. €
BP	Börse	1,2%	0,3%	16,6 Mrd. €
Royal DutchShell	Börse	2,2%	1,8%	18,2 Mrd. €

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten aus den Geschäftsberichten, bezogen auf eine weltweite Jahresproduktion von 143.000 Milliarden Kubik-Fuß (Gas) und 35.000 Millionen Fässern (Öl).

[2] *Die Datenlage für Öl ist sowohl weltweit als auch für Deutschland deutlich besser als für Gas. Die Abweichungen zu Russlands Marktanteil beim (11 Prozent laut EIA, 2021 und 14 Prozent laut IEA, 2021 und IEA, 2022) ergeben sich aus methodischen Unterschieden. Zum Marktanteil beim Gas gibt es weniger aktuelle und zuverlässige Schätzungen sowohl für die weltweite Produktion (IEA, 2021) als auch für den deutschen Importanteil (tagesschau, 2022). Die vom Bundeswirtschaftsministerium erhobenen Daten beruhen größtenteils auf Unternehmensangaben zu langfristigen Lieferverträgen und decken den Spot-Markt nicht ausreichend ab. In seinem Fortschrittsbericht Energiesicherheit beschreibt das BMWK den aktuellen Stand russischer Öl, Gas und Kohlelieferungen zum März 2022.*

[3] *https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22_N010_51.html#:~:text=Deutschland%20importierte%202021%20vor%20allem%20Erd%C3%B6l%20und%20Erdgas,machte%2059%20%25%20aller%20Einfuhren%20aus%20Russland%20aus.*

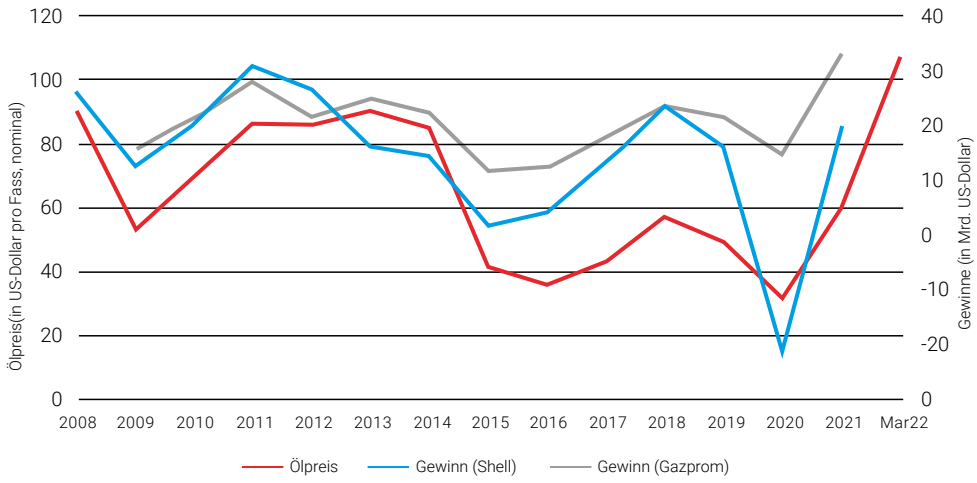
**Trotz Börsengang 2019 gehören 94,19 Prozent der Anteile dem Staat und weitere 4 Prozent dem Staatsfonds.*
*** Nach Presseberichten, offizieller Abschluss nicht verfügbar.*

Ein paar Dinge lassen sich allerdings aus der Marktstruktur und den Zahlen der Vergangenheit herleiten:

1. Etwa 10 bis 20 große Konzerne kontrollieren mehr als die Hälfte des globalen Öl- und Gasmarktes. Viele dieser Konzerne stehen völlig oder teilweise unter staatlicher Kontrolle. Dazu gehört der mit Abstand größte Ölproduzent Saudi Aramco aus Saudi Arabien, mit einem Marktanteil von fast 10 Prozent genauso wie die Staatskonzerne aus Russland, Kuwait, Iran, China, Brasilien, Abu Dhabi, Mexiko oder Venezuela mit je etwa 2-4 Prozent Marktanteil. Hinzu kommen die großen börsennotierten Konzerne wie z.B. ExxonMobil und Chevron aus den USA, BP und Shell aus Großbritannien oder Total aus Frankreich. Viele der Ölkonzerne sind gleichzeitig auch im Gasmarkt tätig. Dort dominiert Gazprom aus Russland mit einem Marktanteil von 13 Prozent. Die wichtigsten Akteure in Deutschland sind Rosneft und Total, die die zwei größten Raffinerien in Schwedt und Leuna betreiben und dort jeweils etwa ein Drittel der Ölprodukte herstellen, sowie Gazprom, das bisher etwa 40 Prozent des Gases über Großhändler wie Uniper oder die eigene Tochter Wingas direkt an Stadtwerke und Industriekunden liefert.

2. Höhere Preise schlagen sich relativ direkt in den Gewinnen der großen Konzerne nieder. Die Gewinnspanne unterscheidet sich je nach Quelle, ist aber in vielen Fällen sehr groß. In Saudi Arabien und auch in einigen russischen Quellen wird laut der Abschlüsse der dort tätigen Unternehmen Öl für etwa 3 US-Dollar pro Fass gefördert, aktuell aber für 90 US-Dollar und mehr verkauft.

Abbildung 1: Ölpreis und Unternehmensgewinne im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten, Ölpreis = durchschnittlicher Jahrespreis

Deswegen führen sinkende Preise auch nicht direkt zu einem geringeren Angebot. Umgekehrt führen höhere Preise auch nur in beschränktem Maße zu einer geringeren Nachfrage, weil die Industrieproduktion kurzfristig kaum vom Gas weg kommt, weil Konsument:innen ihr Fahrverhalten trotz höherer Spritpreise nicht anpassen und die höhere Heizkostenabrechnung nur verzögert eintrifft und weil Isolationvon Gebäuden, Anschaffung von Elektroautos und der Ausbau der erneuerbaren Energie nicht von heute auf morgen machbar ist. Anhand von Produktionsdaten von Förderquellen in den USA hat Greenpeace für 2022 errechnet, dass allein die zehn größten dorttätigen Konzerne durch einen Preisanstieg von 70 (vor der Invasion) auf 88 US-Dollar (untere Schätzung für 2022) zusätzliche Gewinne von 37 Milliarden US-Dollar erzielen würden. Ohne die detaillierten Daten über die Förderkosten und die weitere Preisentwicklung lassen sich die globalen Gewinnsteigerungen bisher nur sehr grob prognostizieren: Bei einer globalen Jahresproduktion von etwa 35 Milliarden Fässern, ergeben sich aus einem Preisanstieg von 18 US-Dollar rein rechnerisch potentielle Zusatzeinnahmen von 630 Milliarden US-Dollar für die Ölproduzenten. Ein dauerhafter Anstieg des Gaspreises von 75 €/MWh (22.02.2022) auf 100 €/MWh (11.04.2022) würde – langfristige Lieferverträge außer Acht gelassen – sogar Zusatzeinnahmen, bzw. Kriegsgewinne, von etwa 1 Billion Euro bedeuten. [4]

[4] *Die tatsächlichen „Kriegsgewinne" sind niedriger, weil z.B. langfristige Lieferbeziehungen oder abweichende Preise in den Förderländern selbst für niedrigere Preise sorgen.*

Die Steuerfrage: Angesichts dieser Gewinnmargen wurde schon während der Ölkrise von 1973 in Deutschlandüber eine Steuer auf die überhöhten Gewinne der Krisenprofiteure diskutiert.[5] Und auch in der aktuellen Debatte spielen Steuern eine wichtige Rolle. Aktuell erwägt der Wirtschaftsminister erneut eine Übergewinnsteuer für die Öl- und Gaskonzerne. Das Problem dabei: Nur ein sehr kleiner Teil der Gewinne entsteht in Deutschland oder der EU. Das liegt vor allem daran, dass Gewinne dort versteuert werden sollen, wo die Rohstoffe herkommen und zu einem kleineren Teil auch an Gewinnverschiebung. Rosneft und Gazprom haben zwar deutsche Tochtergesellschaften, die umfangreiche Infrastruktur in Deutschland betreiben (Raffinerien, Gasspeicher, Pipelines) und hohe Umsätze erzielen. Diese Tochtergesellschaften machen aber kaum Gewinn. Rosneft verarbeitete 2019 beispielsweise 8,3 Millionen Tonnen Öl in deutschen Raffinerien und erzielte damit Einnahmen von mehr als 5 Milliarden Euro. Am Ende entstand dabei aber sogar ein Verlust von 13 Millionen Euro.[6] Über die in Berlin ansässige Gazprom Germania GmbH und ihre Tochtergesellschaften in Deutschland, der Schweiz und anderen Ländern läuft ein großer Teil des weltweiten Auslandsgeschäfts von Gazprom. Sie verbuchte für 2019 einen Umsatz von 24 Milliarden Euro, aber nur einen Gewinn von 190 Millionen Euro. Allein mit deutschem Gas machte Gazprom 2019 einen Umsatz von geschätzt 9 Milliarden Euro. Bezogen auf die Gesamtrendite des Konzerns entstand daraus ein rechnerischer Gewinn von 1,4 Milliarden Euro. Der tatsächlich in Deutschland erwirtschaftete Gewinn dürfte deutlich höher liegen.[7] Anders als Deutschland beheimaten einige EU-Staaten den Konzernsitz eines Öl- und Gasunternehmens, wie Eni mit Sitz in Rom und Total mit Sitz in Courbevoie bei Paris. Sie haben dadurch einen besseren Zugriff auf die Besteuerung der Gewinne, allerdings fließt auch bei ihnen ein großer Teil der Gewinne an die Lieferanten.

Befindet sich der Konzernsitz nicht in der EU, müsste eine Übergewinnsteuer also ähnlich wie bei der in einigen Ländern verabschiedeten Digitalsteuer anhand der deutschen Umsätze berechnet oder als Quellensteuer bzw. Importzoll ausgestaltet sein um Wirkung zu entfalten.[8] Die 2021 vereinbarte internationale „Steuerrevolution" bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Sie nimmt Rohstoffkonzerne von der vereinbarten Umverteilung der Besteuerungsrechte explizit aus, damit die Gewinne dort besteuert werden können, wo die Rohstoffe extrahiert werden.

[5] *Mehr dazu in einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vom 31.3.2021 und unter: https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/excess-profits-tax-zur-staatsfinanzierung-in-globaler-gesundheitskrise/*

[6] *Nach Abzug möglicher Gewinne der Schweizer Zweigniederlassung – verantwortlich für die „Optimierung des Einkaufs von Rohöl und Zusatzstoffen" könnte der Wert für Deutschland sogar noch darunter liegen.*

[7] *Gas machte 2019 laut Konzernabschluss von Gazprom etwa 50 Prozent des Umsatzes aus. Gazprom lieferte etwa 39 Prozent des Gases nach Europa und 9 Prozent nach Deutschland. Weil Gazprom in Europa höhere Preise erzielt, macht europäisches Gas 68 Prozent von Gazprom Gasumsatz aus. Für Deutschland berichtet Gazprom keine Umsatzzahlen, sondern lediglich die Menge des in Deutschland verkauften Gases (44,9 bcm). In Bezug zu den europäischen Umsätzen ergibt sich daraus der Wert von 9 Milliarden Euro. Gazproms Rendite auf die weltweiten Umsätze beträgt 15,7 Prozent. Zur Rendite in Deutschland und Europa macht Gazprom keine Angaben.*

[8] *Auf die Frage des Focus „Sind sie für oder gegen ein Gasembargo" erwähnten drei von sechs Ökonomen eine Steuer als Alternative, darunter Clemens Fuest: Quellensteuer auf Zahlungen; Veronika Grimm: Importsteuer; Rüdiger Bachmann: sich erhöhende Importzölle. Der Vorteil der Steuer gegenüber dem Embargo: Vorausgesetzt die Lieferanten lassen sich das gefallen, führt eine zusätzliche Abgabe nicht notwendigerweise zu steigenden Preisen, sondern kann dafür sorgen, dass ein Teil der Gewinnmarge in Deutschland bleibt. Ein umgekehrter Effekt würde sich beim Embargo ergeben: weil europäische Abnehmer weniger Öl aus Russland kaufen, erhalten Indien und China Preisabschläge für zusätzliche Bestellungen aus Russland.*

2.2 DIE PHARMABRANCHE: PATENTE UND STEUERVERMEIDUNG MADE IN GERMANY?

Die Krise:
In weniger als einem Jahr haben mehrere große und ein paar bis dahin weitgehend unbekannte Pharmaunternehmen Impfstoffe gegen Covid19 entwickelt und damit einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Als besonders schnell und wirksam erwies sich dabei die neue, auf mRNA basierende Technologie von Moderna und Pfizer/BioNTech. Für die Entwicklung und Produktion der Impfstoffe erhielten die Unternehmen teilweise hohe staatliche Förderung. Entgegen der Forderung der Weltgesundheitsorganisation und mehr als 100 Staaten, konnte sich die internationale Gemeinschaft trotzdem nicht auf ein Aussetzen der Patente einigen, auch wegen des Widerstands aus Deutschland. Als Konsequenz wurden mehrere einsatzbereite Produzentenvon der Impfstoff-Produktion ausgeschlossen, die Impfstoffe waren lange Zeit Mangelware. Die Erfinder der Impfstoffe erzielten in teils geheimen Verhandlungen hohe Gewinne aus öffentlichen Gesundheitsbudgetsund wurden laut Oxfam in fünf Fällen zum Milliardär, mit einem Gesamtvermögen von 30,9 Milliarden Euro.

Ein Blick in die Geschäftsberichte zeigt warum:

BioNtech erlöste mit Comirnaty 18,8 Milliarden Euro *(etwa 14,5 Euro pro Dosis)*.
Die Produktionskosten betrugen mit 2,9 Milliarden Euro nur einen Bruchteil *(etwa 15 Prozent oder 2 Euro pro Dosis)*.[9]
Nach Steuern verblieb ein Gewinn von 10,3 Milliarden Euro.
Pfizer verdreifachte dank Comirnaty seinen Gewinn auf 21,4 Milliarden Euro.

Tabelle 3: Preise pro Dosis für verschiedene Covid-Impstoffe

Impfstoff	CNN-Analyse, Brasilien (2021)	Belgische Ministerin, EU (2020)
Moderna	-	15,4€
Pfizer/BioNTech	8-10€	12€
Coronavac	9,76€	-
Sputnik V	11,64€	-
Johnson & Johnson	8,40€	7,3€
Oxford/ AstraZeneca/ Serum Institute	2,66-4,42€	1,78€

Quellen: CNN (2021) und the Guardian (2020).

[9] *Basierend auf Umsätzen, Gewinnen und Kosten bezogen auf Comirnaty aus BioNtech Annual Report 2021.*

Die Steuerfrage:
Bereits vor der Corona-Krise gehörten große Pharmaunternehmen zu den profitabelsten Unternehmen weltweit. Gleichzeitig landeten ihre Gewinne überdurchschnittlich oft in Steueroasen und Patentboxen, wie eine Studie von Oxfam (2018) zeigte. Um ihr Geschäftsmodell aufrecht zu erhalten, investierten sie der Studie zufolge hohe Summen in Lobbying. Mit Erfolg. Wegen des 2017 vom US-Präsidenten Trump unterzeichneten Tax Cuts and Jobs Act verbuchte Pfizer 2017 zwar eine hohe einmalige Steuerzahlung auf die bis dahin weitgehend steuerfrei in Steueroasen verschobene Gewinne, sparte durch die Reform laut Berechnungen von Oxfam aber insgesamt 21,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben von 8 Millionen Euro für 52 Steuerlobbyisten im selben Jahr scheinen im Vergleich dazu marginal.

Und auch nach der Reform weisen die Geschäftsberichte von Pfizer mit 7,6 Prozent für 2021 und 5,3 Prozent für 2020 weiterhin äußerst niedrige effektive Steuerraten für die globalen Geschäfte aus (Tabelle 4) und die Präsenz des Unternehmens in Steueroasen war auch im Jahr 2021 hoch. Hätte die 2021 vereinbarte Mindeststeuer von 15 Prozent im gleichen Jahr schon gegolten und Pfizers Steuerquote wie erhofft auf mindestens 15 Prozent erhöht, wären 1,6 Milliarden Euro zusätzliche Steuern fällig geworden. Nach dem weltweiten Durchschnittsatz von 25 Prozent oder dem deutschen Durchschnittssteuersatz von 30 Prozent würden sich die zusätzliche Steuereinnahmen sogar auf 3,7 bzw. 4,8 Milliarden Euro erhöhen.

Tabelle 4: Pfizer Gewinne und Steuerzahlungen laut Geschäftsberichten (2014 bis 2021)

In Mio Euro	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Gewinn vor Steuern	21.379	5.737	10.090	10.342	10.255	7.937	8.256	10.116
Steuern (laut GuV)	-1.629	-302	-520	-614	-7.541	-1.067	-1.833	-2.579
Effektiver Steuersatz (global)	7,62%	5,26%	5,15%	5,94%	73,54%	13,45%	22,20%	25,49%

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten für den Gesamtkonzern.

Anders als Pfizer nutzt BioNTech bisher keine Steueroase und verbuchte für 2021 rund 4,75 Milliarden Euro bzw. 31,6 Prozent Steuern. Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Mainz und hat insgesamt 27 Tochtergesellschaften in Deutschland, Österreich, Türkei, China, Großbritannien, USA und eine Tochter in Singapur. Mainz rechnete im 2020 vorgestellten Haushaltsplan für 2021 noch mit Gewerbesteuereinnahmen von 166 Millionen Euro, erzielte aber Berichten zufolge mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich. Als Reaktion senkte die Stadt die Gewerbesteuer für 2022 um 4,5 Prozentpunkte auf 10,85 Prozent. Damit sinkt die Unternehmenssteuer (inklusive Soli) von 31,2 auf 26,7 Prozent. Auch in Marburg, einer weiteren Produktionsstätte von BioNTech, führten die unverhofften Einnahmen zu Diskussionen über den Steuersatz. Am Widerstand dagegen zerbrach die gerade besiegelte Koalition mit der Linken. Die Senkung kam trotzdem, fiel aber deutlich geringer aus als in Mainz.

Die Zahlen zu Pfizer und BioNTech legen drei Schlüsse nahe:

1. Die 2021 vereinbarte „Steuerrevolution“ ist ein wichtiger Fortschritt auch gegenüber der US-Reform und sollte möglichst bald und ohne Lücken umgesetzt werden. Der 2021 vereinbarte Mindeststeuersatz ist allerdings zu niedrig, weil er weiterhin Anreize für einen Wettlauf nach unten lässt und es bleiben zu viele Schlupflöcher.

2. Der in Deutschland seit 2004 geltende Mindestsatz für die Gewerbesteuer (7 Prozent), lässt gegenüber den üblichen Sätzen (14 bis 15 Prozent) möglicherweise zu viel Spielraum für einen Wettlauf nach unten. In einigen Kommunen haben die dort ansässigen Großkonzerne einen bestimmenden Einfluss.

3. Selbst nach einer Unternehmensbesteuerung von 30 Prozent bleiben dank Patentschutz und Mitteln aus den Gesundheitsbudgets aus der ganzen Welt riesige Gewinne, die man zumindest für 2022 noch über eine Übergewinnsteuer erschließen könnte.

2.3 DIE DIGITALKONZERNE: BOOSTER FÜR DIE MONOPOLGEWINNE

Die Krise:
Die Gewinne der großen Digitalkonzerne wachsen seit Jahren in immer astronomischere Höhen. Weil Alphabet (Google, Android) und Meta (Facebook, WhatsApp, Instagram) einen großen Teil der weltweiten Online-Werbung kontrollieren, vereinnahmen sie einen ständig wachsenden Anteil der globalen Wertschöpfung.[10] Beide Unternehmen profitieren entsprechend davon, dass die Bedeutung von digitalen Dienstleistungen in der Corona-Krise noch einmal schneller gewachsen ist, als ohnehin schon. Weil während der Corona-Krise viele Geschäfte geschlossen blieben und viele Menschen deutlich mehr Zeit zu Hause vor dem Computer verbrachten als vor der Krise, erfuhren auch die Geschäfte der Online-Händler und Streaming-Dienste einen regelrechten Wachstums-Booster.

Tabelle 5: Gewinne der Digitalkonzerne (2014 bis 2021, in Milliarden Euro)

	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Apple	96,0	54,7	58,6	63,4	53,4	58,4	66,8	44,2
MIcrosoft	62,5	43,2	38,9	31,8	24,9	24,3	17,0	23,0
Alphabet	79,8	39,2	35,3	30,4	22,7	23,0	18,1	14,3
Meta/Facebook	41,6	27,1	22,1	22,1	17,2	11,9	5,7	4,0
Baidu	1,5	2,9	-0	3,5	2,7	2,0	5,4	1,9
Tencent Holdings	34,3	22,6	14,0	12,0	11,3	7,1	5,1	3,9
Alibaba Group	22,2	19,2	12,7	13,9	7,3	12,0	4,8	na
Amazon	33,6	19,7	12,5	9,8	3,2	3,7	1,5	-0,1
Netflix	5,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,3	0,1	0,2

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten.

Die Steuerfrage:
Darüber, dass die Digitalkonzerne einen größeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten müssen und an den Orten wo sie ihre Gewinne erwirtschaften mehr Steuern zahlen sollten, herrscht zwischen den meisten Staaten der Welt und in Deutschland, über fast alle Parteigrenzen hinweg, Konsens. Mehrere Staaten haben deswegen in den letzten Jahren sogenannte Digitalsteuern eingeführt. Meistens bemessen sich diese ausgehend von den lokal getätigten digitalen Umsätzen und einer pauschalierten Gewinnmarge. Die UN hat eine solche Regelung in ihr Muster-Doppelbesteuerungsabkommen aufgenommen. Im Gegensatz dazu sieht die 2021 vom Inclusive Framework der OECD im Auftrag der G20 ausgehandelte Reform vor, Digitalsteuern durch eine alternative Umverteilung von Besteuerungsrechten zu ersetzen. Diese soll für etwa 100 globale Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 20 Milliarden Euro und einer Umsatzrendite von mehr als 10 Prozent einen kleinen Teil der „Übergewinne" jenseits der 10 Prozent neu auf die Marktstaaten verteilen. Insgesamt dürfte die Vereinbarung nicht dafür sorgen, dass die Digitalkonzerne in Deutschland einen angemessenen Steuerbeitrag leisten und müsste nachgebessert werden.[11]

[10] *Baidu (chinesische Suchmaschine) und TenCent (WeChat, QQ, u.a.) dominieren den chinesischen Markt, machen aber noch deutlich kleinere Gewinne als ihre US-amerikanischen Gegenstücke.*

[11] *Weitere Informationen und Analysen für Apple, Facebook, Google und Microsoft finden sich in der Studie „Digitalkonzern zur Kasse bitten" (Die Linke, 2021)*

Das Beispiel Amazon:
Amazon machte 2021 einen Rekordgewinn von über 33 Milliarden Euro vor Steuern. Auf Grundlage der Geschäftsberichte errechnen sich für Amazon mit 12,6 Prozent in 2021 und 11,8 Prozent in 2020 äußerst niedrige effektive Steuerraten für die globalen Geschäfte. Damit lag das Unternehmen weiterhin unter der 2021 international vereinbarten Mindeststeuer von 15 Prozent und muss – je nach finaler Ausgestaltung - möglicherweise für 2023 oder 2024 mit leicht steigenden Steuerausgaben rechnen. Fraglich ist allerdings wie viel davon in Deutschland anfällt. Nach jetzigem Stand verbleiben die Zusatzeinnahmen aus der Mindeststeuer im Land des Konzernsitzes (USA) oder in den zwischengeschalteten Steueroasen (Luxemburg). Ob Amazon von der ebenfalls vereinbarten Umverteilung von Besteuerungsrechten betroffen sein wird und deswegen einen größeren Teil der Gewinne als bisher in Deutschland versteuern muss, wird sich ebenfalls erst in der Umsetzung zeigen. Auf den Gesamtkonzern betrachtet liegt Amazon mit 8,1 Prozent unter der vereinbarten Renditegrenze von 10 Prozent. Während das Geschäft mit den Cloud-Dienstleistungen (AWS) hochprofitabel war, machte das internationale Geschäft mit Online-Handel und Streaming sogar Verluste. Wenn, wie bisher vereinbart, auch einzelne Unternehmenssegmente von der Umverteilung betroffen sein können und Amazon die Gewinnaufteilung unter den Segmenten nicht daran anpasst, könnte zumindest das AWS Geschäft betroffen sein.

Tabelle 6: Umsätze, Gewinne und Steuern – Amazon (2014 bis 2021, in Milliarden Euro)

	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Umsatz (global)	413,2	314,8	250,0	202,7	148,2	129,2	98,5	73,5
Gewinn (global)	33,6	19,7	12,5	9,8	3,2	3,7	1,4	-0,1
Steuern (laut GuV)	4,2	2,3	2,1	1,0	0,6	1,4	0,9	0,1
Effektive Steuerrate (global)	12,6%	11,80%	17,0%	10,6%	20,2%	36,6%	60,6%	na

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten für den Gesamtkonzern.

Wie viele Gewinne Amazon bisher in Deutschland erwirtschaftet und wie viel Steuern Amazon hier zahlt, lässt sich bis zur Veröffentlichung der länderbezogenen Berichterstattung in 2023 oder 2024 nur schätzen. Bisher veröffentlicht Amazon lediglich den deutschen Umsatz. Mit rund 24 Milliarden Euro machte der deutsche Umsatz 2020 laut Amazon etwa 8 Prozent vom Gesamtumsatz aus. Dank gezielter „Steueroptimierung" landet der Großteil davon allerdings bei den Luxemburger Tochtergesellschaften von Amazon. (Diese erwirtschaften insgesamt hohe Gewinne und zahlen relativ wenig Steuern. Den deutschen Tochtergesellschaften erstatten sie ihre Kosten für Logistik und andere Dienstleistungen und zahlen einen kleinen Gewinnaufschlag.) Entsprechend finden sich in den Jahresabschlüssen der deutschen Tochtergesellschaften für 2020 nur Umsätze von etwa 5 Milliarden Euro, Gewinne von 156 Millionen Euro und Steuern von 43 Millionen Euro (31,4 Prozent).[12] Nimmt man an, dass der „deutsche" Gewinn dem weltweiten Durchschnitt entsprechen würde und darauf 30 Prozent Steuern[13] fällig werden würden, müsste Amazon in Deutschland etwa 555 Millionen Euro zahlen.

Als Reaktion auf das durch die Corona-Krise und den wachsenden Online-Handel beschleunigte Aussterben der innerstädtischen Einkaufsstraßen sowie die zunehmende Belastung der städtischen Infrastruktur durch die Lieferdienste, forderten mehrere deutsche Politiker bereits 2020 die Einführung einer sogenannten Paketsteuer. Diese würde neben Amazon auch viele kleinere Online-Händler treffen, die profitabelsten Digitalkonzerne aber nicht tangieren.

[12] *Amazon veröffentlicht nicht für alle deutschen Tochtergesellschaften detaillierte Abschlüsse. Die Zahlen basieren auf der Auswertung der 48 für 2020 identifizierten Abschlüsse. Für die deutsche Betriebsstätte einer der luxemburgischen Gesellschaften sind ebenfalls keine Zahlen verfügbar.*

[13] *Nach aktuellem deutschen Unternehmenssteuersatz.*

2.4 DIE FINANZBRANCHE: VOM KRISENVERURSACHER ZUM KRISENGEWINNER

Die Krise:
Dank großzügiger Rettungspakete und andauernder Intervention der Zentralbanken in nie dagewesener Höhe scheint die Finanzkrise vergessen. Laut Forbes machten Finanz- und Versicherungsdienstleister selbst im Corona-Krisenjahr 2020 Gewinne von über 770 Milliarden Euro; 563 der 2.000 profitabelsten Unternehmen stammten in diesem Jahr aus der Finanzbranche. Die meisten von ihnen haben ihren Hauptsitz in den USA oder in China. Weil 2021 auch dank erneuter staatlicher Intervention die Verluste aus dem Kreditgeschäft deutlich geringer ausfielen als erwartet und die Kurse an den Aktienmärkten wegen der Intervention der Zentralbanken steil nach oben zeigten, erwirtschafteten die großen der Branche 2021 Rekordgewinne, die die Zeit vor der Finanzkrise in den Schatten stellen. In Anbetracht dieser Gewinne stellt sich die Frage, inwiefern die Banken dieses Mal verantwortlicher mit diesen Gewinnen umgehen und aus der Finanzkrise gelernt haben. Eine Recherche von Finanzwende (2021) zeigt, dass auch nach der Finanzkrise der größte Teil der Gewinne aus Spekulation anstatt aus dem klassischen, für die Realwirtschaft förderlichen Bankgeschäft stammt. Demnach basierten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie 2021 nur 30 Prozent der Bankenbilanzen in der Eurozone auf der Kreditvergabe an private Haushalte und wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Finanzsektors. Um die Banken zur Krisenvorsorge zu verpflichten und ein entsprechendes Finanzpolster zu schaffen, wurde 2015/16 auf europäischer Ebene der Einheitliche Abwicklungsfonds der Bankenunion (Single Resolution Fund) mit einem Volumen von 52 Milliarden Euro (Stand Juli 2021) ins Leben gerufen, der bis 2024 weiter anwachsen soll. Ob diese Rücklagen eine ausreichende Risikovorsorge und Beteiligung der Banken an zukünftigen Krisenkosten darstellt, ist fraglich. Deutsche Finanzinstitute zahlten im Rahmen des Fonds seit 2015 knapp 18,8 Milliarden Euro an Rücklagen ein. Die Kosten für die deutschen Steuerzahler:innen aus der Finanzkrise wurden demgegenüber auf über 68 Milliarden Euro geschätzt.

Die Steuerfrage:
Eine Auswertung der für alle europäischen Banken seit 2015 öffentlich einsehbaren länderbezogenen Berichterstattungen deutet darauf hin, dass Gewinnverschiebung zum Zweck der Steueroptimierung unter EU-Banken weit verbreitet ist. Mindestens 29 von 39 Banken wiesen laut Bericht hohe Gewinne in Ländern aus, in denen sie keine Mitarbeiter beschäftigten, besonders beliebt dafür ist laut dem Bericht Malta.[14] Nicht zuletzt weil Staaten weltweit immer noch die Schulden aus der Bankenrettung nach der Finanzkrise abzahlen, ist Gewinnverschiebung in dieser Branche besonders fragwürdig.

Das Beispiel Deutsche Bank: Der Deutschen Bank ging es während der Corona-Krise so gut wie lange nicht. Sie steigerte ihre Gewinne von 1 Milliarden Euro in 2020 auf knapp 3,4 Milliarden Euro in 2021.

Tabelle 7: Gewinne, Deutsche Bank 2019-2021 in Millionen Euro

	2021	2020	2019
Gewinn vor Steuern	3.390	1.021	-2.634
- Corporate Bank	1.000	561	137
- Investment Bank	3.715	3.171	433
- Private Bank	366	-124	-265
- Asset Management	816	544	468
- Capital Release Unit	-1.364	-2.201	-3.177
- Corporate & Other	-1.143	-930	-229

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten.

[14] *Die länderbezogenen Daten für Banken sind allerdings nur bedingt aussagekräftig, da sich die Angaben zu Gewinnen und gezahlten Steuern in verschiedenen Ländern bzw. von verschiedenen Banken aufgrund methodischer Unterschiede nur begrenzt miteinander vergleichen lassen.*

Gleichzeitig stammt der größte Teil der Gewinne aktuell erneut aus dem Investment-Banking. Die Bank unterhält weiterhin eine Vielzahl von Tochtergesellschaften in Steueroasen und hielt außerdem an ihrer umstrittenen Vergütungspolitik fest:

- Eine Analyse der länderbezogenen Berichterstattung durch das EU Tax Observatory zeigt, dass die Deutsche Bank 22 Prozent ihrer globalen Gewinne in Luxemburg verbuchte und dort lediglich mit 14 Prozent besteuert wurde. Auch in Hongkong, Malta, Mauritius und Singapur verbuchte die Deutsche Bank einen erheblichen Teil ihrer Gewinne und konnte dort ebenso von einem effektiven Steuersatz von unter 15 Prozent profitieren.

- Auch 2021 schüttete die Deutsche Bank hohe Boni an Vorstände und Mitarbeiter aus: die 11 Vorstandsmitglieder (einen Wechsel mit einbezogen), erhielten 2021 zusammen eine Vergütung von 66,5 Millionen Euro. Konzernchef Christian Sewing erhielt 2021 insgesamt 8,8 Millionen Euro (im Vorjahr waren es 7,4 Millionen Euro).

2.5 DIE AUTOMOBILBRANCHE: DIVIDENDENREGEN TROTZ KURZARBEIT UND LIEFERKETTENPROBLEMEN

Die Krise:
Auf den ersten Blick gehört die Automobilbranche weltweit und besonders in Deutschland zu den Verlierern der Corona-Krise. Wegen des Lock-Downs standen die Bänder in den Fabriken 2020 zeitweise still. 2021 sorgten dann Lieferkettenprobleme für einen globalen Chip-Mangel. Und auch 2022 sorgt der Ukrainekrieg erneut für Lieferprobleme und stillstehende Fabriken. Dass sich diese Probleme kaum in den Jahresergebnissen der großen Autokonzerne widerspiegeln, liegt unter anderem an umfangreicher staatlicher Unterstützung. Wie schon die Abwrackprämie nach der Finanzkrise, sorgte die kurzfristige Mehrwertsteuersenkung 2020 für einen Kaufanreiz für langlebige Konsumgüter wie Autos. Gleichzeitig profitierten die Autokonzerne davon, dass Autofabriken und Autohäuser noch vor Schulen und Kitas wieder geöffnet wurden und sie ihre Mitarbeiter in der Zwischenzeit in staatlich bezuschusste Kurzarbeit schicken konnten. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verzeichnete in den Krisenjahren 2020 und 2021 einen drastischen Anstieg der Ausgaben für das Kurzarbeitergeld mit zusammen gerechnet 42,29 Mrd Euro[15]. Gleichzeitig verbuchte die BA Rekorddefizite, die zu einem großen Teil aus Bundesmitteln ausgeglichen wurden: 2020 flossen 6,91 Mrd Euro und 2021 noch einmal 16,94 Mrd aus Zuschüssen vom Bund an die BA[16].

Die Unternehmen:
Während einige der großen Autokonzerne 2020 einen mehr oder weniger kleinen Gewinneinbruch verzeichneten, lagen die Gewinne für 2021 schon wieder deutlich über denen aus der Vorkrisenzeit.

Tabelle 8: Gewinne ausgewählter Autokonzerne 2014 bis 2021, in Milliarden Euro

	2021	2020	2019	2014-2018 Durchschnitt
VW	20,1	11,7	18,4	10,1
BMW	16,1	5,2	7,1	9,6
Mercedes	15,8	6,0	3,8	12,1
General Motors	11,2	6,6	6,6	7,9
Tesla	5,6	0,9	-0,6	-0,9

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten.

[15] *Inklusive der Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen.*
[16] *Laut eigenen Angaben der BA in den Geschäftsberichten 2020 und 2021.*

Vor allem bei den deutschen Luxusmarken **Mercedes-Benz** und **BMW** zeigt sich in den Geschäftsberichten, dass sie die Produktionsprobleme und die daraus entstehenden Rückgänge bei den Verkaufszahlen durch eine Verlagerung auf margenstärkere, teurere Autos und höhere Absatzpreise ausgeglichen haben. Durch Kurzarbeit sparte Mercedes-Benz 2020 außerdem nach eigenen Angaben 700 Millionen Euro und auch bei BMW waren 2020 Berichten zufolge mehr als 25.000 Mitarbeiter:innen in der Kurzarbeit. Insgesamt verblieb so für beide Krisenjahre eine stattliche Dividende für die Aktionär:innen.

Tabelle 9: Dividendenzahlungen von Mercedes-Benz und BMW in Milliarden Euro

	Mercedes	BMW
Dividende 2019	0,96	1,6
Dividende 2020	1,4	1,3
Dividende 2021 (Plan)	5,35	3,8

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Geschäftsberichten.

Die Steuerfrage:
Besonders am Beispiel BMW zeigt sich, dass die Eigentümer großer Vermögen deutlich besser durch die Corona-Krise gekommen sind als die sogenannten Corona-Held:innen (z.B. Krankenpfleger:innen). Letztere erhielten für 2021 einen steuerbefreiten Corona-Bonus von bis zu 1.500€. Falls es ihnen gelungen ist, eine dauerhafte Gehaltserhöhung durchzusetzen, zahlen sie auf dieses zusätzliche Einkommen Steuern und Abgaben von mehr als 50 Prozent. Ihr durchschnittlicher Einkommenssteuersatz beträgt etwa 21,5 Prozent. Im Gegensatz dazu kletterte der Wert der BMW-Aktien der Geschwister Klatten und Quandt im Vergleich zu 2008, dem Jahr der Finanzkrise und gleichzeitig dem Jahr in dem sie einen großen Teil ihrer Anteile steueroptimiert geschenkt bekamen, um etwa 17 Milliarden Euro. Zusätzlich zur Vergütung ihrer Aufsichtsratstätigkeiten (410.000 Euro für Stefan Quandt und 210.000 Euro für Suanne Klatten in 2021) erhielten die Geschwister für 2020 eine Dividende von etwa 600 Millionen Euro und können sich für 2021 auf eine Dividende von fast 1,8 Milliarden Euro freuen. Auf den zugrundeliegenden Gewinn zahlte BMW zwar Unternehmenssteuern von etwa 26 Prozent. Weil die Geschwister wahrscheinlich einen Großteil der Dividenden an ihre Holdinggesellschaften übertragen und dort „ansparen" werden die Dividenden darüber hinaus lediglich mit etwa 1 Prozent versteuert. Sozialabgaben werden nicht fällig. Eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und der Milliardenvermögen würde keinen einzigen Arbeitsplatz bei BMW gefährden und erscheint angesichts der großen Profite selbst in Krisenzeiten angemessen.

2.6 DIE IMMOBILIENBRANCHE: HOHE RENDITEN MIT MINIMALEM RISIKO

Die Krise:
Seit dem Ende der Finanzkrise konnten die Aktionär:innen der großen börsennotierten Immobiliengesellschaften laut einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Jahr 2019 mit einer Investition in Betongold im Herzen Europas jährliche Renditen von bis zu 20 Prozent verbuchen, wie man sie eigentlich nur für hochspekulative und riskante Investitionen erwarten würde. Der Lock-Down und die Home-Office Pflicht haben 2020 und 2021 die Bedeutung der eigenen vier Wände noch stärker ins Bewusstsein gerufen und den Platzbedarf in den Wohnungen massiv erhöht. Gleichzeitig führte die Corona-Krise durch stagnierende internationale Zuzüge und Anzeichen einer kleinen Landflucht in vielen Städten zu einem kleinen Einbruch des Bevölkerungswachstums. Steigende Mieten haben dafür gesorgt, dass vor allem in den Städten immer mehr Menschen mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Für viele Mieter:innen – Privatpersonen genauso wie Unternehmen – verschlechterte sich die Situation zusätzlich durch krisenbedingte Einnahmeausfälle. Allerdings sorgte der Staat durch Garantie und Aufstockung von Kurzarbeitergeld, Corona-Hilfen für Unternehmen und die Möglichkeit für Selbstständige unbürokratisch Hartz-IV und damit auch Wohngeld zu beantragen dafür, dass Vermieter kaum Abstriche bei den Mieten machen mussten.

Das Beispiel Vonovia:
Für Vonovia hatte die Corona-Krise nach eigenen Angaben „nur geringfügige Auswirkungen auf das operative Geschäft". Insgesamt stiegen die Mieten sogar um 2,2 Prozent in 2020 und 3,2 Prozent in 2021[17]. Neben einer Wohn-Garantie für 2020 hat Vonovia 2021 in einem sogenannten Zukunfts- und Sozialpakt zugesichert die Mieten in Berlin bis 2023 im Schnitt um maximal 1 Prozent anzuheben. Für einige Mieter:innen bedeutet das aktuell trotzdem Erhöhungen von bis zu 15 Prozent. Von den Mieteinnahmen einer durchschnittlichen deutschen Wohnung von etwa 5.500 Euro pro Jahr werden auch 2021 voraussichtlich wieder etwa 2.800 Euro an die Aktionär:innen fließen.[18]

Die Steuerfrage:
2021 stimmte eine Mehrheit der Berliner:innen für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co" enteignen. Dieses Volksbegehren hat das Ziel Berliner Wohnungsbestände aller Eigentümer:innen mit mehr als 3.000 Wohnungen – darunter Vonovia – in öffentliches Eigentum zu überführen. Dafür schlägt die Initiative einen Preis vor, der deutlich unter den von den Aktionär:innen in den derzeitigen Börsenkurs eingepreisten Werten liegen dürfte. Alternativ wäre es ebenso angemessen eine höhere Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalerträgen zu fordern.

[17] *Sogenannte like-for-like Mietsteigerung, also ohne Neubau. Davon stammen 1,6 Prozent aus Mietsteigerungen im Rahmen von Modernisierungen, 0,6 Prozent aus der Aufhebung des Mietendeckels in Berlin und 0,6 Prozent aus anderen Mieterhöhungen.*

[18] *Die Miete berechnet sich aus einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 64 m² und einer Miete von 7,19 Euro pro m². Der Dividendenanteil für die Wohnung entspricht dem Anteil der vorgeschlagenen Ausschüttung (1,3 Milliarden Euro) an den Mieteinnahmen (2,6 Milliarden Euro) – also 51 Prozent. Vonovia richtet die Dividende am operativen Gewinn (FFO) aus. Die spekulativen Gewinne aus Wertsteigerungen spielen dafür, genauso wie in unserer Berechnung und anders als im Faktencheck der Tagesschau in Reaktion auf eine ähnliche Berechnung des Abgeordneten Victor Perli fälschlicherweise unterstellt, keine Rolle. Eine detaillierte Analyse des Vonovia Geschäftsberichts für 2021 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung errechnet ebenfalls eine sogenannte Abschöpfungsrate von mehr als 50 Prozent.*

3 UMSTEUERN: FÜR EINE KRISENFESTE GESELLSCHAFT

Krisen sind nicht nur eine Herausforderung für Menschen und Gemeinwesen, sie können genauso auch Chance und Katalysator für Verbesserungen sein. Die Corona-Krise hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren des Gemeinwesens in Deutschland auf eine schwere Probe gestellt. Mit der russischen Invasion in der Ukraine folgte die nächste große Krise, bevor die erste bewältigt ist. Gleichzeitig vermelden viele große und schon vor der Krise besonders profitable Konzerne trotz oder sogar wegen der Krise Rekorde bei Wachstum und Gewinnen. Spätestens wenn 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft treten und die Tilgung der Corona-Schulden beginnen sowie die Zentralbanken wegen anziehender Inflation die fast ein Jahrzehnt dauernde Nullzinz-Phase beenden, wird es Zeit darüber zu sprechen, wer die Krisenbewältigung bezahlt. Die sechs beispielhaften Branchen- und Unternehmensanalysen zeigen verschiedene Elemente einer Lösung:

- Übergewinnsteuern haben in der Vergangenheit in Kriegs- und Krisenzeiten in einigen Ländern für Ausgleich und Einnahmen für die Krisenbewältigung gesorgt. Auch wenn sie vor allem in der internationalen Debatte früh aufgegriffen wurden, ist es für eine Besteuerung der 2021 noch einmal deutlich angestiegenen Pandemiegewinne mittlerweile zu spät. Die sprunghaft gestiegenen Öl- und Gaspreise bieten den nächsten Anlass. Während sie gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen eine große Belastung sind, bedeuten sie für eine kleine Anzahl großer und global agierender Konzerne zusätzliche Gewinne von hunderten Milliarden Euro. Weil nach derzeitigem Steuerrecht nur ein sehr kleiner Teil dieser Gewinne in Deutschland anfällt, sollte mittelfristig an globalen, europäischen und nationalen Lösungen inklusive einer fairen Verteilung der Gewinne gearbeitet werden. Eine solche Krisenregelung sollte über die Mineralölkonzerne und die aktuelle Krise hinausgehen und z.B. auch dauerhafte Übergewinne aus Monopolen in den Blick nehmen. Für die Mineralölkonzerne könnte man kurzfristig über Quellensteuern, Importzölle oder eine an den in Deutschland erzielten Umsätzen ausgerichtete Gewinnsteuer nach dem Vorbild der in mehreren Staaten eingeführten Digitalsteuern einen Teil der Übergewinne abschöpfen.

- Trotz weitreichender Fortschritte bei den internationalen Reformbemühungen bleiben Gewinnverschiebung und der Unterbietungswettbewerb bei der Unternehmenssteuer ein Problem. Selbst innerhalb Deutschlands gibt es nach wie vor Steueroasen und künstliche Gewinnverschiebung. Besonders die oft durch öffentlich geförderte Forschung erarbeiteten und von Deutschland selbst in extremer Notlage verteidigten Patente genauso wie immaterielle Vermögenswerte der großen Digitalkonzerne, eignen sich nach wie vor für die Verschiebung von Gewinnen und als Druckmittel im Wettbewerb um die niedrigsten Steuern. Sowohl international als auch bei der deutschen Gewerbesteuer muss deswegen weiter an Maßnahmen gegen Gewinnverschiebung gearbeitet werden; zum Beispiel über effektive und perspektivisch steigende Mindeststeuern und eine formelhafte Aufteilung von Gewinnen. Bei der deutschen Gewerbesteuer gibt es Mindeststeuer und formelhafte Aufteilung bereits. Trotzdem existieren Gewerbesteueroasen, Steuersenkungsdruck und Reformbedarf.

- Trotz der Krisen und teilweise sogar als Ergebnis staatlicher Krisenbewältigungsmaßnahmen sind die Zahl und das Vermögen der Milliardäre und Multimillionäre in den Jahren seit der Finanzkrise massiv gestiegen. Die lockere Geldpolitik nach der Finanzkrise hat zu einem starken Anstieg von Vermögenspreisen beigetragen, staatlich subventioniertes Kurzarbeitergeld ist teilweise in Form von hohen Dividenden an die Aktionär:inne weitergeflossen und staatliche Hilfen für Bevölkerung und Unternehmen haben dazu beigetragen, dass Immobilieneigentümer:innen kaum auf Mieteinnahmen verzichten mussten. Eine gerechtere Besteuerung von Erbschaften, Vermögen und hohen Einkommen sollte hier für einen Ausgleich sorgen. Durch eine intelligente Kombination aus Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuerreform und Reform der Abgeltungssteuer lassen sich dabei wirtschaftliche Verwerfungen vermeiden – das zeigt die Zeit des deutschen Wirtschaftswunders, im letzten Jahrhundert, dass es trotz oder gerade wegen eines solchen Steuersystems gab.

Mit diesen und weiteren Lösungsansätzen kann eine gerechtere Steuerpolitik zur Krisenbewältigung und zu einer krisenfesteren Gesellschaft beitragen. Vor allem dann, wenn sie durch weitere nicht-steuerliche Maßnahmen, wie die Begrenzung von Marktbeherrschung und Wettbewerbsbeschränkungen, höhere Löhne oder internationale Reformen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungspolitik begleitet werden.


GUE/NGL
THE LEFT
IN THE EUROPEAN PARLIAMENT